

Ressort: Politik

Umfrage: Deutliche Mehrheit sieht Rassismus als großes Problem

Berlin, 02.08.2018, 22:15 Uhr

GDN - Knapp zwei Drittel (64 Prozent) der Deutschen sind laut einer Umfrage aktuell der Meinung, dass Rassismus in Deutschland ein sehr großes (17 Prozent) bzw. großes Problem ist (47 Prozent). Das berichtet die ARD in ihrem Deutschland-Trend.

30 Prozent sind der Ansicht, dass Rassismus ein kleines Problem ist; 5 Prozent meinen, dass es gar kein Problem ist. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund sind die Werte nicht wesentlich anders: 68 Prozent dieser Befragten sehen Rassismus als sehr großes oder großes Problem an. Im Vergleich: 63 Prozent der Bürger ohne Migrationshintergrund sehen Rassismus in Deutschland als sehr großes oder großes Problem an. Mit Blick auf die Integration der Zuwanderer, die schon seit Jahrzehnten in Deutschland leben, fällt das Meinungsbild in einer Umfrage mehrheitlich positiv aus. 62 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass die Integration dieser Migranten sehr gut bzw. gut gelungen sei, berichtet die ARD in ihrem Deutschland-Trend. Ein Drittel (33 Prozent) ist gegenteiliger Meinung und meint, die Integration sei eher schlecht oder sehr schlecht gelungen. Mit Blick auf die Migranten, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind, ist das Meinungsbild ein anderes: Sie sind nach Ansicht von 28 Prozent der Befragten sehr gut oder eher gut integriert; 68 Prozent meinen, sie seien eher schlecht bzw. sehr schlecht integriert. Die Themen der Asyl- und Flüchtlingspolitik haben in den letzten Wochen in der politischen Diskussion viel Raum eingenommen, allerdings sind andere Themen für die Bürgerinnen und Bürger deutlich wichtiger. Die Gesundheitspolitik und die Pflege sind für 69 Prozent der Befragten sehr wichtig. Dieses Thema bewegt die Menschen ab 50 Jahren deutlich stärker (75 Prozent) als die jüngeren bis 34 Jahren (52 Prozent). Die Renten- und Sozialpolitik stufen 64 Prozent als sehr wichtig ein. Für 55 Prozent hat der Schutz vor Kriminalität und Verbrechen eine sehr große Bedeutung, für 52 Prozent die Klimapolitik. Bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums sind es 51 Prozent. Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist für Menschen in Städten mit über 100.000 Einwohnern bedeutsamer (60 Prozent) als in kleineren Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern (46 Prozent). Für 39 Prozent ist die Asyl- und Flüchtlingspolitik sehr wichtig. Die Digitalisierung sehen lediglich 28 Prozent der Bürger als sehr wichtig für sich an. In keinem dieser Politikfelder konnte die aktuelle Bundesregierung eine Mehrheit der Bevölkerung mit ihren bisherigen Anstrengungen überzeugen. Noch am besten werden die Anstrengungen der Bundesregierung beim Schutz vor Kriminalität und Verbrechen beurteilt: 47 Prozent der Befragten sind sehr zufrieden bzw. zufrieden; 50 Prozent weniger bzw. gar nicht zufrieden). Bei der Arbeit der Regierung bei der Digitalisierung überwiegt die kritische Beurteilung (31 Prozent zufrieden; 57 Prozent weniger oder gar nicht zufrieden). Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Klimapolitik (31 sehr zufrieden bzw. zufrieden; 65 Prozent weniger oder gar nicht zufrieden) und in der Renten- und Sozialpolitik (31 Prozent zufrieden; 67 Prozent weniger oder gar nicht zufrieden). Auch bei der Arbeit der Bundesregierung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik (22 Prozent sehr zufrieden bzw. zufrieden; 77 Prozent weniger oder gar nicht zufrieden) fällt das Urteil über die Arbeit der Bundesregierung überwiegend negativ aus. Auch bei der Gesundheitspolitik und der Pflege sind nur 21 Prozent sehr zufrieden bzw. zufrieden, 76 Prozent weniger oder gar nicht zufrieden. Bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist die Kritik am größten: Nur 16 Prozent sind zufrieden mit den Bemühungen der Bundesregierung in diesem Politikfeld, 77 Prozent sind unzufrieden. Die Probleme im Bereich der Pflege will der Bundesgesundheitsminister durch konkrete Vorgaben für die Beschäftigung von Pflegepersonal angehen. Das soll auch davon abhängig sein wie hoch der Pflegeaufwand in der jeweiligen Einrichtung ist. Wenn Kliniken dabei eine bestimmte Grenze unterschreiten, sollen sie weniger Geld bekommen. 84 Prozent der Befragten glauben nicht, dass sich dadurch die Situation der Patienten spürbar verbessern wird. 13 Prozent glauben, dass sich dadurch die Situation für die Patienten verbessern wird. In der Sonntagsfrage liegt die Union mit 29 Prozent vorn (-1 Punkt im Vgl. zum Deutschland-Trend Anfang Juli). Das ist der tiefste Wert, der im ARD-Deutschland-Trend je für die Union gemessen wurde. Die SPD erreicht unverändert 18 Prozent (+/-0). Die AfD kommt auf 17 Prozent (+1). Das ist der höchste Wert, der für die AfD im ARD-Deutschland-Trend gemessen wurde. Die FDP kommt auf 7 Prozent (-1), die Linke auf 9 Prozent (+/- 0) und die Grünen auf 15 Prozent (+1). Mit zusammen 47 Prozent ist es der geringste Rückhalt in der Wahlbevölkerung, der bisher für Union und SPD gemeinsam im ARD-Deutschland-Trend gemessen wurde. Aktuell sind mit der Arbeit der Bundesregierung 25 Prozent der Befragten zufrieden (+4 Punkte im Vergleich zum Vormonat). 74 Prozent sind weniger bzw. gar nicht zufrieden (-4). In der Liste der beliebten Politiker hat der sozialdemokratische Außenminister Heiko Maas an Zustimmung gewonnen: 48 Prozent der Bürger sind mit seiner Arbeit sehr zufrieden bzw. zufrieden – ein Plus von 8 Punkten im Vergleich zum Juli. Dies ist sein zweitbestes Wert im ARD-Deutschland-Trend. Mit der Arbeit von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) sind 46 Prozent (+2) der Deutschen sehr zufrieden bzw. zufrieden. Auf dem dritten Platz folgt Kanzlerin Angela Merkel, deren Arbeit von ebenfalls 46 Prozent (-2) als sehr gut oder gut bewertet wird. CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier erreicht 45 Prozent (-1) Zustimmung, CDU-Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen 39 Prozent (-1), CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn 28 Prozent (+2). Die negativen Bewertungen überwiegen bei ihm, wie auch bei von der Leyen, allerdings deutlich. Mit der Arbeit von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sind unverändert 27 Prozent sehr zufrieden bzw.

zufrieden, der CSU-Vorsitzende verharrt damit in seinem Rekordtief. Die Arbeit der SPD-Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles beurteilen 34 Prozent (-2) als positiv. Christian Lindner, Partei- und Fraktionsvorsitzender der FDP erreicht unverändert 32 Prozent Zustimmung; die Linken-Parteivorsitzende Katja Kipping, 22 Prozent (+3 Punkte im Vgl. zu Juni). Mit der Arbeit der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel sind 12 Prozent (+3 im Vgl. zu März 2018) sehr zufrieden bzw. zufrieden. Mit der politischen Arbeit der Grünen-Parteivorsitzenden Annalena Baerbock sind lediglich 10 Prozent der Bürger zufrieden. Für die Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap wurden 1.008 Menschen, für die Sonntagsfrage 1.508 Menschen von 30.07 bis 31.07. telefonisch befragt.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-109693/umfrage-deutliche-mehrheit-sieht-rassismus-als-grosses-problem.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com